

## **Kleinstadt-Didakten unter sich - oder: Der Dank des Vaterlandes...**

ein Resümee ehrenamtlicher Tätigkeit im Rahmen des Projektes "Synagoge Petershagen" 1997-2006

von Bernd-Wilhelm Linnemeier

Erste ernsthafte Bemühungen zur Erhaltung, Sanierung und objektgerechten Nutzung der alten Synagoge Petershagen setzten im Spätherbst des Jahres 1996 bzw. zu Beginn des Jahres 1997 ein. Das Gebäude war zwar bereits am 1.9.1988 in die Denkmälerliste der Stadt Petershagen eingetragen worden, Bemühungen zur Restaurierung des noch in Privatbesitz befindlichen Objektes scheiterten aber nicht zuletzt an der Tatsache, dass zur damaligen Zeit noch kein schlüssiges Nutzungskonzept vorgelegt werden konnte. Statt dessen gaben sich alle Beteiligten damals mit der Formulierung zumeist recht nebulöser Ideen zur Schaffung einer "Gedenkstätte" zufrieden, woraufhin die Angelegenheit zunächst nicht weiter verfolgt und vergessen wurde, während das Gebäude zunehmend in Verfall geriet. Der Dampf hatte also zunächst nur zum Pfeifen gereicht, zu mehr aber nicht: Ein Lokalphänomen, das uns noch häufig begegnen wird.

Dem energischen Vorstoß der um die Dokumentation jüdischen Kulturerbes in NRW hochverdienten Elfi Pracht-Jörns (Köln) ist es zu verdanken, dass ab dem Frühjahr 1996 erneut Bewegung in die Sache kam: Die neuerlichen Anstöße kamen bezeichnenderweise nicht aus Petershagen und Umgebung, sondern erfolgten aus Düsseldorf und führten im November des Jahres zunächst zu Sondierungsgesprächen zwischen der Stadt Petershagen und dem Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes NRW. Kurze Zeit später wurden durch das betreuende Architekturbüro Lenk erste Bauuntersuchungen vorgenommen, auf dessen Bitte hin ich ab Januar 1997 in die Aufarbeitung historischer Hintergrundfragen sowie auf Wunsch der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Minden sowie der Jüdischen Kultusgemeinde Minden und Umgebung in die Vorüberlegungen zur Lösung konzeptioneller Probleme eingebunden wurde. Zwischenzeitlich fasste der zuständige Ausschuss des Stadtrates am 18. Februar 1997 den Beschluss, einen Erwerb des vor dem Einsturz stehenden Gebäudes (der ja als Voraussetzung für alle weiteren Maßnahmen gelten konnte) zurückzustellen, da ein "endgültiges Nutzungs- und Finanzierungsmodell" noch nicht vorliege.

Während noch die im übrigen inhaltlich nie konkretisierten Vorstellungen von einer Nutzung der Synagoge als "Gedenkstätte" bzw. "Begegnungsstätte" im Raum schwebten, verfiel der Stadtheimatspfleger (und heutige Vorsitzende des Trägerkreises ehemalige Synagoge Petershagen e.V., Rötger) flugs auf die Idee einer "weichgespülten" Nutzungsform, die in Teilen der Verwaltung zunächst begeistert aufgegriffen wurde: Analog zur früheren Synagoge im lippischen Blomberg sollte das Gebäude künftig als Archivraum bzw. städtisches Aktendepot dienen, womit man jüdisch-historische Bezüge wirksam und auf Dauer hätte eliminieren können (inoffizieller Kommentar im Westfälischen Archivamt schon angesichts konservatorischer Vorbehalte: "Höherer Blödsinn...").

Inzwischen waren auf Wunsch einzelner Ratsmitglieder Vorüberlegungen zu künftigen Nutzungsmöglichkeiten als Entscheidungshilfe vorgelegt worden (Bernd-W. Linnemeier, Alte Synagoge Petershagen - Vorüberlegungen zu einem Nutzungskonzept des historischen Gebäudes sowie ders., Zahlen, Daten und Fakten: Stichworte zur jüdischen Geschichte im Raum Petershagen (Faltblatt, 4. S., 14./27. Februar 1997). Folge: Die Abteilung "Aktendepot" ruderte einstweilen kräftig zurück, da sich trotz anhaltenden politischen

Widerstandes vor allem einer kleinen, aber einflussreichen politischen Gruppierung andere Entwicklungen abzuzeichnen begannen.

Am 14. März 1997 konstituierte sich ein "Runder Tisch" zur Erarbeitung eines Nutzungskonzeptes und zur Klärung der zukünftigen Trägerschaft der Synagoge. Aus der Arbeitssitzung ging eine mehrköpfige Arbeitsgruppe hervor, die "unter Federführung" des Stadtheimatpflegers weitere konzeptionelle Überlegungen anstellen sollte. Da in den folgenden Monaten in dieser Hinsicht nichts Entscheidendes geschah, außer dass mir der dank scharfer Düsseldorfer Nachfragen inzwischen in höchste Verlegenheit gebrachte Leiter des Petershäger Schul- und Kulturamtes gegen Ende März den Zutritt zur Synagoge untersagte (obwohl er gar kein Recht dazu hatte!), entstand in der Zwischenzeit unter Mitwirkung von Diethard Aschoff (Münster), Johanna Kohn und Joachim Mugdan (damals Münster, heute Basel) ein ausführlicher Text ("Synagoge Petershagen - Entwurf eines Nutzungskonzeptes als Informations- und Dokumentationszentrum zur jüdischen Orts- und Regionalgeschichte"), welches dem um "Aufklärung und Erhellung" (Zitat R. aus der Niederschrift vom 17. März 1997) ringenden, ansonsten aber schweigenden "Federführer" (s.o.) und anderen Mitgliedern des "Runden Tisches" im Juni/Juli zur Durchsicht und ggfs. Ergänzung zugesandt wurde. Am 14. August 1997 tagte der "Runde Tisch" erneut, um sich mit diesem Entwurf näher zu befassen. In der entsprechenden Niederschrift heißt es u.a.: "Stadtheimatpfleger Rötger fordert die Anwesenden auf, ihre Meinung zu dem vorgelegten Konzept zu äußern. Das Konzept wird von allen Anwesenden einmütig begrüßt und gelobt. Stadtheimatpfleger Rötger stellt fest, dass das vorgeschlagene Konzept von allen Anwesenden grundsätzlich mitgetragen wird. Es besteht im Arbeitskreis Einigkeit, dass der Arbeitskreis den für die Entscheidungsfindung zuständigen politischen Gremien empfiehlt, für die zukünftige Nutzung der ehem. Synagoge von Petershagen das vorliegende Konzept aufzunehmen. Das Konzept wird zu diesem Zweck der Stadt vom Arbeitskreis zur weiteren Veranlassung übergeben."

Der damalige Landesrabbiner Dr. Henry Brandt äußerte sich in einem Schreiben vom 16. Januar 1998 überaus positiv zu dem ihm auf Anfrage zugesandten Konzeptentwurf und sagte im Bedarfsfall seine Hilfe zu, die später noch mehrfach in Anspruch genommen werden musste.

Lt. Bericht des Minden Tageblattes vom 26.3.1998 stimmte der Rat von Petershagen (dem noch immer nicht getätigten) Ankauf der Synagoge, der Sanierung und der Nutzung im Sinne des vorgelegten Konzeptes zu.

Im Herbst 1998 traf sich bei der Synagoge ein Kreis interessierter Bürgerinnen und Bürger. Zusammen mit dem betreuenden Architekten Dipl. Ing. Karl Lenk übernahm ich die "Führung" durch das Gebäude und erläutere anschließend im ev. Gemeindehaus das von uns vorgelegte Nutzungskonzept. Die Gründung eines "Arbeitskreises (der späteren Arbeitsgemeinschaft) Alte Synagoge" wurde in Erwägung gezogen, kam aber erst im Laufe des Jahres 1999 (Satzung vom 21.10.1999) zustande. Zuvor, nämlich am 17. Mai 1999, konstituierte sich der "Trägerkreis ehemalige Synagoge Petershagen e.V.", in dessen Händen fortan die organisatorische und finanzielle Abwicklung des Projektes sowie die inhaltliche Umsetzung des Nutzungskonzeptes liegen sollte. Diesem Kreis, zu dessen stellvertr. Vorsitzenden und wissenschaftlichen Beirat ich auf Anregung des damaligen Bürgermeisters Joachim Thiele bestellt wurde, gehörten und gehören Vertreter aus Politik und Verwaltung der Stadt Petershagen sowie des Kreises Minden-Lübbecke an. Als "ideelle Mitglieder" sah man die Jüdische Kultusgemeinde Minden und Umgebung, die Gesellschaft für Christlich-jüdische Zusammenarbeit Minden sowie den im Entstehen begriffenen Förderverein "Arbeitskreis Alte Synagoge Petershagen" vor, dessen spätere Hauptakteure bis zu diesem

Zeitpunkt noch keinerlei konstruktive Beiträge zur Realisierung des Gesamtprojekts geleistet hatten.

Mit dieser eigentümlichen Doppelkonstruktion wurde die Saat zu späteren Auseinandersetzungen und Kompetenzkonflikten gelegt, die sich in einer in der Folgezeit zunehmend aggressiv agierenden Daueropposition der Arbeitsgemeinschaft bzw. ihrer Vorstandsmitglieder gegenüber der völlig rechtmäßig beanspruchten Planungshoheit des Trägerkreises Ehemalige Synagoge Petershagen e.V. Bahn brach.

Als erster Vorgeschmack dessen, was in den folgenden Jahren noch kommen sollte, können die unsachlichen verbalen Eruptionen des Arbeitskreis-Vorsitzenden, Pastor E. Hagemeyer, gelten, die mir im unmittelbaren Vorfeld der durch die Stadt Minden ausgerichteten Woche der Begegnung Ende Mai 2000 zuteil wurden. Mein für den 25. Mai durch die Ausrichter erbetener Vortrag "Die Alte Synagoge Petershagen: Perspektiven, Probleme und Chancen im Umgang mit jüdischer Regionalgeschichte" hatte einen wutentbrannten Telefonanruf des Herrn Pfarrers zur Folge, in dessen Verlauf er mir vorhielt, als "Nicht-Petershäger" nur dort in Erscheinung treten zu wollen, "um Unfrieden zu stiften". Pfarrer Heinrich Winter (Minden) gelang es als Vertreter der ausrichtenden Institutionen damals noch, das erhitzte Gemüt des Amtsbruders vorübergehend abzukühlen.

Zu welch erstaunlichen Ansprüchen sich die Arbeitsgemeinschaft Alte Synagoge dann aber schon wenige Monate später verstieg, wird im Protokoll ihrer Mitgliederversammlung vom 7. November 2000 erkennbar, wo es heißt: "Dem Verein (gemeint ist der Trägerkreis Ehemalige Synagoge Petershagen) obliegt vorwiegend die verwaltungsmäßige, der AG die inhaltliche Arbeit" - ganz nach der Devise: Die öffentliche Hand zahlt das Orchester, aber wir bestimmen, was gespielt wird...Ganz so, als gäbe es noch überhaupt keine konzeptionellen Vorstellungen. Statt dessen brachte man wolkige Grundsätzlichkeiten zu Papier (Quelle wie vor): "Die Ausstellung und das Gebäude sollen kommunikativ sein, besonders im Hinblick auf jüngere Besucher und Besucherinnen. Moderner Medieneinsatz soll genutzt werden (...) Die wichtigsten Daten und Aspekte der Geschichte des Judentums in Petershagen und Umgebung sollen enthalten und in ihrer Chronologie einsichtig sein" (...) Genug Raum für Gruppen sollte vorhanden sein, worauf die Inneneinrichtung abgestimmt werden muss". Ein damals bereits seit über drei Jahren vorliegendes, wissenschaftlich abgesichertes Grundlagenpapier wurde schlichtweg ignoriert, so als wolle man es bewusst nicht wahrnehmen. Auch die zwei Wochen vorher stattgefundene Mitgliederversammlung des Trägerkreises, an der die Herren Hagemeyer, Battermann und Jacobsen lt. Niederschrift zum 23.10.2000 ja satzungsgemäß teilgenommen hatten, war einer kollektiven Amnesie zum Opfer gefallen: Dort hatte man nämlich mit Blick auf das Nutzungskonzept Linnemeier und Mitarbeiter beschlossen: "Die eindeutige Ausrichtung des Konzeptes zur Nutzung des Gebäudes als Informations- und Dokumentationszentrum wird von allen Anwesenden begrüßt. Es soll weder eine Gedenkstätte noch ein für kulturelle Veranstaltungen verfügbarer Raum eingerichtet werden (...) Das Gebäude kann als Kristallisationspunkt (...) für begleitende Veranstaltungen, nicht aber als Veranstaltungsort für künftige Vorträge, Sonderausstellungen und Konzerte gelten und entsprechend "umgerüstet" werden". Während man diesen Aspekt der Beschlussfassung gegenüber den eigenen Mitgliedern bewusst und absichtsvoll unterschlug, übertrug man die vorausgehenden Punkte 1-4 der Niederschrift vom 23.10.2000 als Diskussionsergebnisse ins Protokoll der eigenen Sitzung vom 7. November - ein beeindruckendes Zeugnis intellektuell-kreativen Potenzials!

Das Jahr 2001 verging mit weiteren Lokalterminen und Diskussionen, von denen ich bisweilen nur durch Zufall erfuhr, die aber durch das nachhaltige Bestreben der

Arbeitsgemeinschaft gekennzeichnet waren, den Synagogenraum nach ihren Vorstellungen gestaltet zu sehen, um eine dauerhafte Nutzung desselben als Veranstaltungsort inklusive einer zwar nicht finanzierbaren, aber gleichwohl vehement geforderten multimedialen Ausstattung zu gewährleisten. Marc Fuhrhop hat das zu befürchtende Ergebnis im Oktober 2001 zutreffend als “Dino-Park der Erinnerung” karikiert (Protokoll der AG vom 2.10.2001) und auch der in der Sache überaus engagierte Vertreter des Westfälischen Amtes für Denkmalpflege, Dipl. Ing. H. Ochsmann, hat zur Verärgerung des AG-Vorstandes immer wieder mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, dass das Synagogengebäude selbst das wichtigste historische Exponat sei, welches schon angesichts seiner geringen Dimensionen keine technisch-multimediale Überfrachtung ertrüge (mehrfach im Zuge der zahlreichen Lokaltermine und dann nochmals in seinem Schreiben vom 31.03.04 an die Geschäftsführerin des Trägerkreises; siehe unten). Gleichwohl hielt der Widerstand gegen die voranschreitenden Planungen zu einer auch von museologischer Seite empfohlenen zurückhaltend-unaufdringlichen Innenausstattung an, da man immer noch mit der Vorstellung liebäugelte (AG-Protokoll 2. Oktober 2001), im Inneren der Synagoge “kulturelle Veranstaltungen” durchzuführen. Pastor E. Hagemeyer benannte bei der Gelegenheit die seiner Meinung nach “wichtigen Leitlinien”, welche im Übrigen denen des Protokolls vom 7. November 2000 entsprachen. Ansonsten gab er die später immer wieder verwandten Worthülsen zur “kritischen Erinnerungsarbeit” zum Besten, die ihre “Motivationskraft” u.a. aus der Synagoge, dem jüdischen Friedhof und “einer Vielzahl erhaltener Wohngebäude” beziehe (wie vor, TOP 2/2).

Vergleichbare rhetorische Versatzstücke enthält auch der durch den Vorstand der Arbeitsgemeinschaft inspirierte Beitrag von Ruth Lämmer in Heft 2/2001 des Magazins der NRW-Stiftung, der man bei dieser günstigen Gelegenheit darüber hinaus noch einen kräftigen Bären aufband, mit dem sie offenbar ergriffen und dankbar heimwärts zog: Die Herren Battermann, Hagemeyer und Fahrendorf-Heeren präsentierten sich gegenüber der gutgläubigen Autorin u.a. als “Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Alte Synagoge, die das denkmalgeschützte, aber zwischenzeitlich schon reichlich verfallene Gebäude ab 1998 restaurieren” (S. 24). Sie taten demnach so, als ob sie - und nur sie! - sich aktiv an den Restaurierungsarbeiten beteiligten: Die Wahrheit sah allerdings ganz anders aus und schon damals hätten diese Aufschneidereien an die Öffentlichkeit gebracht werden müssen.

Der Synagogenbau wurde durch kompetente Fachbetriebe und nicht etwa in Eigenleistung der Arbeitsgemeinschaft fertig saniert und am 15. November 2001 im Rahmen einer Festveranstaltung eröffnet. Im Zusammenhang mit dieser Eröffnung wurde seitens der Arbeitsgemeinschaft ein Flyer “zwecks Sponsorenwerbung” (Tagesordnung zur Mitgliederversammlung am 2.10.2001) vorgelegt. Am Eröffnungstag konnte ich dann überrascht feststellen, dass man dieses Produkt mangels eigener Texte durch wesentliche Passagen meines Faltblattes vom Februar 1997 (s.o.) “komplettiert”, und somit das geistige Eigentum Dritter unter eigenem Namen publiziert hatte.

Die Gebetsmühle “Nutzungskonzept” wurde auch nach der Eröffnung der Synagoge weiter betätigt. So lud der Arbeitskreis per Zeitungsannonce vom am 29.12.2001 (Mindener Tageblatt) zum ersten Quartalstreffen des anstehenden neuen Jahres ein, wo man “das zukünftige Nutzungskonzept des Informations- und Dokumentationszentrums in der Goebenstraße” als “besonderes Thema” zu diskutieren gedachte.

Da man im Zuge der voranschreitenden Arbeiten an der Innenausstattung schon bald feststellen musste, dass die verfügbaren Geldmittel keineswegs ausreichen würden, kam man auf die an sich begrüßenswerte Idee, private Spenden einzuwerben. In diesem

Zusammenhang wurde bis April 2002 eine Projektmappe erstellt, die potentiellen Spendern Orientierungs- und Entscheidungshilfen geben sollte. Die Texte stammten (bis auf eine Finanzierungsübersicht und eine kurze Chronologie) von mir; die Abbildungen wurden teils durch den betreuenden Architekten, teils vom Westfälischen Amt für Denkmalpflege, von mir selbst sowie vom Designerehepaar Shoshanah und Marc Fuhrhop zur Verfügung gestellt, wofür letzteres auch das Layout besorgte. Erstaunt sah der Leser dann aber im Impressum den Hinweis auf den Trägerkreis mit städtischer Postadresse sowie dessen 1. Vorsitzenden Heinrich Rötger, der sich auf diese Weise unauffällig-elegant als Urheber des Ganzen in Szene zu setzen versuchte: Die Sache begann, sich im positiven Sinne zu entwickeln und da war es offenbar nötig, sich beizeiten ins rechte Licht zu rücken. Er blieb damit einer Devise treu, die er bereits am 15. Dezember 1998 einem erschrockenen Publikum präsentiert hatte, nämlich der, dass man u.a. in Fragen der Projektträgerschaft "mit Moral nicht weiterkomme". Dass er diesem eindrucksvollen Grundsatz auch weiterhin verhaftet blieb, sollte sich bald noch deutlicher zeigen...

Als besondere Arabeske kann die hitzige "Leuchter-Diskussion" im Spätsommer 2002 gelten, innerhalb derer die streckenweise abstrusen Vorstellungen mancher AG-Vorständler besonders deutlich hervortraten: Als ein schlichter Beleuchtungskörper in Form eines Davidsterns über der früheren Bima zur Diskussion gestellt wurde, der einem Entwurf von Shoshanah und Marc Fuhrhop zu verdanken war, die damals noch in die Planungen einbezogen waren, später aber trotz ihrer erwiesenen fachlichen Kompetenz ausgebootet wurden, weil sie so mancher Spontan-Idee der Didakten-Runde deutliche Kritik entgegensetzten, kam es zum Eklat: AG-Schriftführer und Ortsheimatpfleger Jacobsen bemängelte den Entwurf des Leuchters mit dem Bemerkung, dass ihm zwei unabhängig übereinander schwebende Dreiecke lieber seien, da er ein solches Gebilde zur Erläuterung der Analogien im jüdischen und christlichen Festkalender im Rahmen religionspädagogischer Bemühungen gut verwenden könne. Ich verlor angesichts dieses hanebüchernen Unsinns die Fassung und forderte ihn lautstark auf, uns Anwesende und den Rest der Welt doch bloß mit seiner Religionspädagogik zu verschonen, worauf er den Ort des Geschehens fluchtartig verließ und später tief beleidigt ankündigte, all seine Ämter niederzulegen, was aber schließlich doch unterblieb. Die verbale "Retourkutsche" dieser Fachkraft für Religions- und Musikpädagogik sollte mich dann im Zusammenhang mit der im Jahre 2004 intensiv geführten Diskussion um das Totengedenken überrollen (siehe unten), obwohl ich den AG-Vorsitzenden darum gebeten hatte, dem zeitweilig Flüchtigen mein Bedauern über die allzu heftige Zurechtweisung zu übermitteln, nachdem auch Pastor E. Hagemeier sich in einem Anflug lokaler Gruppensolidarität heftigst über meinen Ausbruch echauffiert hatte.

Um die bis zu diesem Zeitpunkt noch immer nicht abschließend geklärte Frage einer Bestuhlung des Synagogenraums auch angesichts eines sich mehr und mehr aufbauenden Zeitdrucks ein Ende zu bereiten, bereitete ich zur nächsten Jahreshauptversammlung des Trägerkreises am 16.12.2002 (siehe Niederschrift vom gleichen Tage) ein Positionspapier nebst Skizze vor, in dem die Unmöglichkeit einer dauerhaften Bestuhlung des Synagogenraums dargelegt wurden. Hierbei wurden Richtwerte zugrunde gelegt, wie sie jeder Innenarchitekt bei der Planung öffentlicher Veranstaltungsräume verbindlich einzuhalten hat und die problemlos nachprüfbar sind.

In einer überaus heftigen Reaktion des stellvertretenden Arbeitskreisvorsitzenden Battermann warf dieser mir die ungehörige Vorhaltung an den Kopf, mit "gefälschten Zahlen" zu arbeiten. Mehr kam als Entgegnung nicht zustande, aber die anschließende Abstimmung der zuvor offenkundig "bearbeiteten" Teilnehmer führte zu einem seltsamen Kompromiss dergestalt, dass man Veranstaltungen in der Synagoge künftig begrüße, ihre Planung und Durchführung jedoch "in Absprache mit dem Trägerkreis (...) und in strikter Rücksichtnahme

auf die räumlichen Möglichkeiten“ des Gebäudes gestaltet sehen wolle. Dieses Ergebnis ging hauptsächlich auf das Konto des 1. Vorsitzenden des Trägerkreises, Rötger, der sich zunächst intern vehement gegen eine derartige Lösung ausgesprochen hatte, dann aber im laufenden Prozess der Entscheidungsfindung jäh die Seiten wechselte. Im weiteren Fortgang der Versammlung standen Neuwahlen des Vorstandes an und ich knüpfte die Annahme meiner Wiederwahl an die Bedingung, künftig ordnungs- und satzungsgemäß in die jeweiligen Verhandlungen einbezogen bzw. über projektbezogene Entwicklungen und Entscheidungen in Kenntnis gesetzt zu werden. Das anschließend gründlich “bereinigte” Protokoll (s.o.) vermerkt in diesem Zusammenhang lediglich ein “kurzes Statement” meinerseits...

Dass meine Forderung nach einer stärkeren Einbindung in die lokalen Verhandlungen in den Wind gesprochen war, zeigten die Geschehnisse des Jahres 2003. Zunächst ging es darum, endlich die Inneneinrichtung des Synagogenraums zum Abschluss zu bringen (äußere Gestaltung und inhaltliche Konzeption der Schauvitriolen/Informationsträger, Beleuchtungsfragen).

Am 7. April fand man sich zu einer der zahlreichen Besprechungen zusammen, die ergebnislos verlief (lt. Niederschriften zu den Mitgliederversammlungen des Trägerkreises vom 7.4.2003 sowie vom 24.6.2003 mit Nachtrag zum 23.7.03). Hier besprach man auch bereits Möglichkeiten des Totengedenkens (ursprünglicher Vorschlag der Gruppe Linnemeier und Mitarbeiter 1997: Eine senkrechte Stele mit den Namen der Opfer in der Nordostecke des Raumes). Gleichzeitig blieb auf hartnäckiges Drängen des Arbeitsgemeinschafts-Vorstandes noch immer die Idee eines “verschiebbaren Medienschranks” in der Südostecke neben der Thora-Nische im Raum, obwohl beratend hinzugezogene Fachleute wiederholt zur Vorsicht und Zurückhaltung rieten. Gleichzeitig nahmen die Planungen zur großen Eröffnungsfeier im Herbst ihren Anfang und man griff - wie nicht anders zu erwarten - auch hier zunächst einmal nach den Sternen (“Herr Dr. Winter schlägt als Festredner den Landesrabbi (so steht es tatsächlich in der Niederschrift zum 7.04.03!!!) z.B. mit dem Thema “Judentum heute” vor. Herr Dr. Winter wird gebeten, bei Herrn Spiegel - Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland - anzufragen, ob er zu einer Veranstaltung nach Petershagen kommen würde . Herr Jacobsen regt eine Eröffnungswoche - “Kultur-Gedenkwoche” an”).

In der April-Besprechung wurde als Material der Vitriolenkästen Holz festgelegt. Umso erstaunter konnte man bei nächsten Treffen am 24. Juni ein grauenhaftes Vitriolen-Ungetüm aus Alu-Pressblech bewundern, welches ohne vorherige Abstimmung und Rücksprache durch den Trägerkreis-Vorsitzenden von einer ominösen Firma aus Oldenburg besorgt worden war und das angesichts seiner Hässlichkeit auf allgemeine Ablehnung stieß. Vor diesem Treffen waren auch die textilen Gestaltungselemente (ein besonderes “Steckenpferd” des Trägerkreis-Vorsitzenden Rötger) in Auftrag gegeben worden. Es hingen seitdem u.a. völlig überflüssige Stoffbahnen vor den ohnehin farblich abgesetzten ehemaligen Türöffnungen in der Westwand und auch beim Thoranischen-Behang war man wacker vorangeschritten und hatte - auch hier ohne Einbeziehung Dritter (inklusive des stellvertr. Trägerkreisvorsitzenden und wissenschaftlichen Beirates) - ein Textil in Violett (der hier völlig unsinnigen kirchlich-liturgischen Buß-Farbe!) mit leuchtend gelber Beschriftung in Auftrag gegeben (ohne im Mindesten an die infolge des “Gelben Sterns” etc. absolut negative Besetzung des Farbtons Gelb gedacht zu haben). Dem angesichts dieser Mischung aus Unwissen und Instinklosigkeit zu Recht entsetzten Theologen Winter gelang es, auf meine dringende Bitte hin das Schlimmste zu verhüten. Um endlich Sicherheit hinsichtlich des von mir ins Spiel gebrachten Widmungsspruches “Bedenke, vor wem Du stehst” zu haben, wandte sich der Trägerkreis-Vorsitzende schriftlich an das von mir längst in Kenntnis gesetzte Landesrabbinat (offizielle Anfrage vom 29. Juli 2003), wobei er meine Recherche-Ergebnisse (etwa zum oben genannten Talmud-Zitat Berachot 28b und dessen Verwendung im Kontext historischer Synagogen in Westfalen und Franken) so darstellte, als seien sie eigener Fachlektüre zu

verdanken, was natürlich nicht der Fall war. Die geistige Produktion Dritter wurde hier wie auch sonst geschickt vereinnahmt, um die eigene Inkompetenz zu kaschieren.

Während wir noch um ein weiß-blaues Textil in der Thora-Nische rangen, liefen die Vorbereitungen der großen Eröffnungsfeierlichkeiten auf Hochtouren - allerdings als "Geheimprojekt" des Trägerkreis-Vorsitzenden und des Arbeitsgemeinschafts-Vorstandes, die hier erneut besondere Talentproben lieferten. Sie hätten sicher sein können, dass ich "das Schwirren, Sirren, Funkeln und Flackern" in der "Erstaufführung: Briefe 1562 - für Sopran, Schlagwerk und Klavier" des nun auch noch kompositorisch aktiv werdenden Musikdidakten Jacobsen (Mindener Tageblatt 29.11.2003) schon im Vorfeld ein wenig gedämpft hätte, zumal der Komponist ungenehmigterweise Texte zugrunde legte, die ich gemeinsam mit Rosemarie Kosche einige Jahre zuvor in der Fachzeitschrift "Aschkenas" (Heft 2, 1998) publiziert hatte. Man ging aber wohl davon aus, dass der ansonsten gern als zweibeinige Auskunftfei in Sachen Jüdische Geschichte genutzte wissenschaftliche Naivling im fernen Münster durch die Erarbeitung und Gestaltung der Infoträger (Sektion 1-5) hinlänglich abgelenkt sei, was ja auch zutraf.

Als ich jedoch im August 2003 zufällig (und keineswegs, wie es sich gehört hätte, durch offizielle Mitteilung) erfuhr, was dort vorbereitet wurde, machte ich meinem Ärger gegenüber der Trägerkreis-Geschäftsführerin telefonisch und per e-mail Luft, was zunächst eine überaus erschrockene Reaktion hervorrief, fürchtete sie doch, dass ich die weiteren Arbeiten an der Dauerpräsentation einstellen und damit die pompöse Eröffnung zur Blamage machen würde: "Es weiß jeder, wie sehr Sie um die ehemalige Synagoge gekämpft haben und das Konzept fast allein Ihre Handschrift trägt. Bitte lassen Sie uns gemeinsam an der Sache arbeiten. Es gibt immer Leute, die sich gern im Vordergrund sehen - Sie wissen, was und wen ich meine..." (e-mail D. Lihra vom 8. August 2003).

Mit Mühe und Not konnte die Präsentation zum 15. November 2003 vorläufig fertiggestellt und installiert werden. Noch kurz vor Erstellung der Infotafeln gelang es dabei, peinliche Fehler in den Abteilungen 6 bis 8 (vorgelegt als hilflos-wirre Klebemontagen durch Vorstandsmitglieder der Arbeitsgemeinschaft) in der Oldenburger Druckerei zu korrigieren - der "Dank des Vaterlandes" sollte später kommen...

Nachdem die nunmehr schon zweite Eröffnungsfeier vom 15. November 2003 mangels Anwesenheit des Landesrabbiners und anderer VIPs nicht ganz so eindrucksvoll inszeniert werden konnte, aber alle Sonntagsredner zu ihrem vermeintlichen Recht gekommen waren, hätte man meinen können, dass jetzt an einem "stillen Ort des Lernens" (Mindener Tageblatt, 29.11.03) tatsächlich Ruhe einkehre - aber weit gefehlt: Man musste ja noch das Totengedenken realisieren, was dann im Jahre 2004 nach monatelangem Gezerre auch endlich geschah.

Kaum waren nämlich die eröffnungsbedingten Weihrauchschwaden verflogen, nahmen die zeitaufwändigen Ortstermine mit dem 20. Januar 2004 (zwei weitere am 3.3. und 18.3. sollten folgen) ihren konflikträchtigen Fortgang. Als ich am 20. Januar in Petershagen die zu einem Gestaltungsvorschlag zusammengefassten Ergebnisse intensiver Vorgespräche mit Fachleuten aus Wissenschaft und Museologie vorstellte, ging's wieder mit voller Wucht in die Parade: Als wesentliches Gegenargument gegen eine qualitativ zwar hochwertige, aber im Interesse des historisch bedeutsamen Innenraums zurückhaltende Lösung in Sandstein/Bronze brachte der stellvertr. Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, W. Battermann die ebenso zornige wie abenteuerliche Behauptung ins Spiel, dass Bronze das Denkmäler-Material der NS-Zeit sei: Er outete sich dadurch ungewollt als ganz besonderer Kenner kunsthistorischer Zusammenhänge, dem es offenbar bis dahin entgangen war, dass die schönsten Bildwerke in Antike und Mittelalter aus diesem dauerhaften Material gefertigt waren und dass selbst der Tempel in Jerusalem über bronzene Sakralgegenstände verfügt

hatte.

Auch ebenso spontane wie kuriose bzw. schlichtweg unausführbare Alternativlösungen zu einer wandnahen Stele kamen jählings ins Spiel: Da faselte man von "künstlerischen Lösungen" mit dem Hinweis, man kenne einen Bildhauer, "der auch schon für St. Martini in Minden gearbeitet habe" (Pfr. Heinrich Winter, Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, 20.1.2004). Bei gleicher Gelegenheit stellte man eine tonnenschwere Steinsäule mit spiralg umlaufender metallener Namenszeile - offenbar für besonders sportliche Besucher! - in Aussicht, die erstens unbezahlbar und zweitens infolge ihres gewaltigen Gewichts für die empfindlichen Lamellen der Fußbodenheizung binnen kurzer Zeit tödlich gewesen wäre (2. Vorschlag Winter, wie oben). Der musisch begabte Vertreter der "Ortsheimatpflege" Petershagen entwarf ganz spontan als moderne Light-Variante eine von innen beleuchtete Litfas-Säule aus Plexiglas (Vorschlag Jacobsen, wie oben). Da der vehemente Widerstand gegen eine flache wandnahe Stele nicht zu brechen war, da dieser Vorschlag a) dem Nutzungskonzept von 1997 entstammte und man sich b) an dieser Stelle so gerne selbst verwirklicht hätte, kam es zunächst zu keiner Beschlussfassung.

Statt dessen wurden bis zum 1. März 2004 (so e-mail D. Lihra an die Beteiligten vom gleichen Tage) wurden noch zwei weitere "Alternativen (...) eingebracht", wovon eine - selbstredend ohne Beschlussfassung und Auftrag als Holzmodell "auf Kosten des Hauses" erstellt wurde, aber auf meinen Protest hin später vom Auftraggeber selbst bezahlt werden musste. Es handelte sich um eine quer liegende Sandsteinplatte vor dem Thora-Schrein mit aufmontierter Bronzeplatte (Idee: Trägerkreisvorsitzender H. Rötger), die Elfi Pracht-Jörns "ausgesprochen problematisch" fand (e-mail E. Pracht Jörns, 17.3.2004) und über die der bekannte Architekt und Kenner synagogaler Gestaltungsvorschriften, Nathan Schächter, sagte, dass im Bereich des Aron Hakodesch (Thoraschrein) überhaupt keine zusätzlichen Einbauten erlaubt seien "Der (jüdische) Besucher der Synagoge betritt den Raum, geht in Richtung Westwand, wendet sich nach Osten und verbeugt sich vor dem Heiligtum (Thora). Sich gleichzeitig vor einem Jizkor (Objekt des Totengedenkens) zu verneigen, ist nicht erlaubt. Eine allzu enge räumliche Verbindung zwischen Thoraschrein und Gedenkstein ist daher abzulehnen" (Gesprächsnotiz Schächter vom 18.3.2004 sowie Gutachten Schächter vom 30.3.04). Abgesehen, dass die Namen der Ermordeten bei dieser Lösung optisch "versteckt" worden wären, hätte eine liegende Steinplatte vor dem Thora-Schrein eine gefährliche "Stolperfalle" geschaffen.

Schließlich - wen sollte das auch wundern - wurde auch das Stichwort "Multimedia" wieder wie das Karnickel aus dem Hut gezaubert, diesmal in Gestalt eines Beamers, mit dessen Hilfe man Namen und (wenn denn überhaupt vorhanden) Bilder der Shoa-Opfer an die Westwand projizieren wollte - als Totengedenken auf Knopfdruck und per Endlosschleife ("die Idee einer zeitweisen Projektion der Namen finde ich einfach "billig" und nicht sehr würdevoll. Ich schließe mich da Ihren Argumenten an" (e-mail E. Pracht-Jörns, 17.3.2004 sowie telefonische Rückäußerung des Landesrabbiners Dr. H. Brandt im gleichen Sinne nach 11.3.2004)). Man hatte (so die o.g. Rundmail Lihra vom 1.3.) als mögliches Vorbild eine entsprechende Installation in der Korbflechtereie des Industriemuseums Gernheim "entdeckt"! Am 18. März 2004 konnten all diese spontanen Einfälle argumentativ überwunden werden und man einigte sich - wengleich widerstrebend - auf die Schaffung einer flachen Stele (wie schon 1997 vorgeschlagen) sowie deren Aufstellung vor der vermauerten alten Eingangstür in der Mitte der Westwand. Dieser Lösungsvorschlag war hauptsächlich einem Gespräch mit Nathan Schächter zu verdanken, der mich von der ursprünglich von Joachim Mugdan und mir ins Spiel gebrachten, aber aus ritualgesetzlicher Sicht problematischen Platzierung in der Nordostecke mühelos überzeugen konnte. Der Vorschlag Schächter wurde umgehend dem zuständigen Referenten beim Westfälischen Amt für Denkmalpflege vorgelegt und nachdrücklich gutgeheißen (Schreiben Dipl.-Ing. H. Ochsmann an die Stadtverwaltung Petershagen vom 31.3.2004).

Nun hätten endlich Steinmetz und Bronzegießerei ans Werk gehen können, doch halt: Es mussten ja noch die Namen der Opfer festgelegt sowie Widmungstexte diskutiert werden (letztere hatte ich bereits im Januar 2004 dem Landesrabbiner zur Stellungnahme übermittelt, die positiv ausfiel, weswegen es nun vor Ort kaum noch die Möglichkeit gab, sie erneut zur Disposition zu stellen (siehe e-mail Dr. H. Brandt, 7. Januar 2004). Also noch ein Ortstermin, bei dem sich denn auch prompt wieder angestaute Aggressionen lokaler Didakten entluden, die zwar keine Namen vorzulegen vermochten, aber mit überaus schwammigen Aufnahmekriterien hantierten, um zu einer möglichst langen, wenngleich historisch fragwürdigen Liste zu gelangen. Mein Hinweis auf die Notwendigkeit seriöser Kriterien, die ich zuvor mit der wie immer hilfsbereiten Brigitte Decker (Bielefeld) diskutiert hatte, wurde durch Ortsheimatpfleger Jacobsen mit dem wütenden Zwischenruf bedacht: "Dozieren Sie hier nicht rum!!!". Endlich konnte sich der seinerzeit schwer gekränkte Religionspädagoge (siehe oben zur "Leuchterdiskussion") für die erlittene Schmach revanchieren...

Viel gab es nun nicht mehr zu tun. Im Sommer 2004 wurde die Bronzetafel gegossen und im Frühherbst konnte das gesamte Objekt endlich aufgestellt werden. Damit war auch die ganz konkrete Gefahr gebannt, dass die noch verfügbaren restlichen Fördermittel des Landes nach mehrfachen Fristverlängerungen endgültig zurückgefordert worden wären: Ein Sachverhalt, auf den die Geschäftsführerin des Arbeitskreises mehrfach hingewiesen hatte, um die fragwürdigen und realitätsfernen Diskussionen um die Gestaltung des Totengedenkens abzukürzen.

Die inzwischen gelieferte Ganzglas-Vitrine in der Thora-Nische, die nach einsamer Entscheidung des Trägerkreis-Vorsitzenden Rötger zunächst aus ihrer zentralen Position gerückt worden war, wurde Ende August/Anfang September durch M. Beutelspacher, H. Scheurenberg und meine Wenigkeit wieder an ihren zugeordneten Platz in der Mitte der Nische gestellt und eingerichtet, was natürlich zu einigem Gemurmel im Hintergrund führte, aber ansonsten gottlob folgenlos blieb. Außerhalb des eigentlichen Geschehens in der Synagoge hatte meine öffentliche Kritik an der gründlich misslungenen Publikation des Arbeitsgemeinschafts-Vorstandes zur jüdischen Ortsgeschichte keineswegs zu einem - von mir intendierten - öffentlichen Austausch von Argumenten geführt (siehe die entsprechenden Texte Linnemeier und Kossack in diesem Forum). Statt dessen hüllte man sich in beleidigtes Schweigen, wohl ahnend, dass im Ernstfall noch weitere unangenehme Punkte zur Sprache und damit ans Licht der ängstlich gemiedenen Öffentlichkeit gekommen wären (die wissenschaftliche Analyse des Machwerks kann übrigens im 50. Jahrgang der Rheinisch-Westfälischen Zeitschrift für Volkskunde nachgelesen werden, wo sie der Nachwelt dauerhaft erhalten bleibt). Wie weit die Symptome geistiger Selbstvergiftung bei einigen Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft Alte Synagoge in Bezug auf meine Person zu jenem Zeitpunkt gediehen waren, zeigt das telefonische Experiment eines sich offenbar mit nur mäßigem Erfolg um die Pflege der vereinseigenen Homepage bemühenden Herrn, der von mir die Überlassung eines Archivstücks in Kopie forderte, ohne dies auch nur halbwegs vernünftig begründen zu können. Ich musste ihn auf das Landesarchiv NRW, Staatsarchiv Detmold verweisen, wo das Original bewahrt wird, denn es gab keinerlei Anlass, die in meinem Besitz befindlichen Fotokopien mit den Vermerken zur Editions Vorbereitung an mir kaum bekannte Dritte abzugeben. Als Kommentar kam daraufhin die ebenso zornige wie infame Einlassung, angesichts vorgeblicher (realiter jedoch nachweislich eingeredeter) Blattverluste in den Judaica-Akten des Stadtarchivs dürfe man ja nun dreimal raten, auf wessen Konto diese gehen könnten. Ich habe den Vorfall umgehend der zuständigen Stelle bei der Stadtverwaltung Petershagen mitgeteilt; er zeigt in aller Deutlichkeit, wes Geistes Kinder da wohl im Hintergrund am Werke gewesen waren und zu was für wüsten Phantasien

sich kleinstädtische Pseudo-“Forscher” im Rahmen ihrer “Arbeitstreffen” bisweilen verstiegen haben mochten - kurzum, mit was für Leuten man es zu tun hatte.

Überraschend erreichte mich Ende Juni 2004 ein Anruf des Vorsitzenden der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Minden, Pastor Dr. Winter, der mir von den neuesten Beschlüssen seines “erweiterten Vorstandes” erzählte und mir seinen sicher gutgemeinten Vorschlag unterbreitete, als Vermittler in einem “privaten” Gespräch zwischen mir und dem Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Alte Synagoge Petershagen tätig zu werden. Da er aber nicht dazu bereit war, sich selbst inhaltlich mit den von mir kritisierten Textpassagen auseinanderzusetzen und mir statt dessen einen langen Vortrag über die negativen Folgen einer öffentlichen Diskussion hielt, habe ich die Sache auf sich beruhen lassen.

In der Mitgliederversammlung des Trägerkreises ehemalige Synagoge Petershagen e.V. vom 21. Februar 2005 konnte dann der Abschluss der baulichen sowie sonstigen Maßnahmen vorgetragen werden. Hinsichtlich der Finanzierung war man schon im Jahre 2004 in ein leichtes Defizit geraten, welches über eine Spende gedeckt werden konnte. Der Wirtschaftsplan 2005 zeigte aber bereits deutlichere Deckungslücken, die man, so die entsprechende Niederschrift, durch private Spenden zu schließen gedachte.

Ansonsten bekam man auf Seiten der Arbeitsgemeinschaft Alte Synagoge in ganz konkreten Fragen der Objektbetreuung bereits “kalte Füße”: Lt. Niederschrift der o.g. Versammlung drückt sich dieser Sachverhalt so aus: “Herr Battermann weist darauf hin, dass die Besetzung der Synagoge zu den sonntäglichen Öffnungszeiten für ihn sehr zeitaufwendig ist. Er erhofft sich hier auf Dauer eine Änderung”. Da konnte man dann aber rasch eine - offenkundig zuvor bereits im “kleinen Kreise” ersonnene und besprochene - Lösung präsentieren, denn es heißt weiter: “Es wird festgestellt, dass erweiterte Öffnungszeiten während der Sommerzeit wünschenswert seien. Hier sollte besonders für Radler ein Angebot geschaffen werden (Ergänzung: Was vor allem Herrn A. Raschke (FDP), ehemals Ortsvorsteher in Petershagen, nunmehr Vertreter des Kreiskulturausschusses Minden-Lübbecke, am Herzen lag, der im Herbst 1998 noch aus fraktionskonformer Distanz die ersten Versuche einer projektbezogenen Orientierung sowie einer Realisierung des ganzen Vorhabens verfolgt hatte.) “Betreuungspersonal kann eventuell über die proArbeit GmbH gestellt werden. Auch ist Kontakt mit der Petershagen Marketing GmbH aufzunehmen”. Fazit: Statt eines vollmundig postulierten konkret-persönlichen Engagements (Zitat vom 7. November 2000: “Der Arbeitsgemeinschaft (obliegt) die inhaltliche Arbeit...”) nunmehr drittseitig beschaffte Aushilfskräfte und statt ernsthafte Bemühungen um eine seriöse Vermittlung von Inhalten nunmehr Ansätze touristischer Vermarktung nach der Devise: „Erst “Rast im Knast”, dann ein spiritueller, gegebenenfalls auch historischer “Event” in der Synagoge...“

Als ich am 24. Februar 2005 per e-mail an die Geschäftsführerin zu einigen Tagesordnungspunkten kritische Nachfragen äußerte, erhielt ich nach knapp vier Wochen eine lange, jedoch nicht sonderlich befriedigende und - im Gegensatz zu früheren Korrespondenzen (s.o., e-mail vom 8. August 2003) - auch reichlich unterkühlte Antwort, in der u.a. die Kosten (€ 500,00) für die angeblich alle zwei Jahre notwendige “Grundreinigung” durch eine Fremdfirma erläutert wurden. Eine Besucherstatistik, um die ich dringend gebeten hatte, konnte (oder durfte?) damals nicht vorgelegt werden (e-mail D. Lihra, 22.03.05).

Davon, dass das (übrigens seit wenigstens 1916 nicht mehr als solches genutzt!) ehemalige jüdische Schulhaus gänzlich unerwartet zum Verkauf stehen sollte, erfuhr ich am 5. Juni 2005 über die lokale Presse (Immobilien dienst der Sparkasse Minden-Lübbecke) und vom Interesse der Stadt Petershagen an einem Erwerb des zu einem völlig unrealen Preis angebotenen Objekts hörte ich eher zufällig aus Hagen bzw. Minden. Telefonische Rückfragen beim Vorsitzenden des Trägerkreises ehemalige Synagoge Petershagen e.V.

sowie der Leiterin des Schul- und Kulturamtes Petershagen ergaben allenfalls ausweichende bzw. lapidare Auskünfte - und dies gegenüber dem noch amtierenden stellvertr. Vorsitzenden des Trägerkreises! Die Leiterin des Schul- und Kulturamtes gab allerdings zu verstehen, dass ein Ankauf angesichts der überzogenen Preisvorstellungen wohl kurzfristig kaum realisierbar sein dürfte. Ich bot daraufhin an, mich zwecks Einwerbung von Drittmitteln umzuhören und erhielt zu meiner großen Überraschung bereits am 9. Juni Post von der Bürgermeisterin M. Schmitz-Neuland unter dem offiziellen Briefkopf der Stadt (allerdings ohne Aktenzeichen), in dem sie mich darum bat, dass ich meinerseits "keinerlei Schritte unternehmen (möge), die kontraproduktiv sein könnten, was den Erwerb des Gebäudes durch die Stadt Petershagen angeht" (Schreiben M. Schmitz Neuland, 9. Juni 2005, ohne Aktenzeichen). Rätselhaft blieb und bleibt dabei, was an informellen Erkundigungen zwecks Beschaffung von Fördergeldern wohl hätte "kontraproduktiv" sein können - aber die Bürgermeisterin war zwischenzeitlich völlig zu Wachs in den Händen ihrer gymnasialen Kollegenschaft in der Arbeitsgemeinschaft geworden und hatte sich deren Feindbild willfährig zu eigen gemacht. Ihr Hinweis, dass man "verwaltungsseitig die Angelegenheit mit äußerster Diskretion" behandle, karikierte sich selbst: In Minden piffen die Spatzen die Neuigkeit bereits von allen Dächern und Synagogenbesucher wurden nach entsprechender Instruktion des Trägerkreisvorsitzenden Rötger darauf hingewiesen, dass man demnächst darangehen könne, den alten Zugang zur Synagoge in der Westwand wieder zu öffnen. Auch im hiesigen Amt für Denkmalpflege waren bereits aufgeregte Nachfragen der Bürgermeisterin eingegangen; ein mittlerweile dort vorgenommener Zuständigkeitswechsel ließ allerdings nichts Gutes erahnen.

Am 1. August 2005 wurde ich dann - wiederum unter dem offiziellen Briefkopf der Bürgermeisterin - nach Petershagen eingeladen. Der kurze Text sei hier wiedergegeben:

"Sehr geehrter Herr Dr. Linnemeier, hinsichtlich der weiteren Vorgehensweise nach einem eventuellen Erwerb der ehemaligen jüdischen Schule in der Goebenstraße in Petershagen bitte ich Sie zu einem Gespräch am Donnerstag, dem 25. August 2005, 15.00 Uhr in das Verwaltungsgebäude Lahde, Zimmer 24. Herr Rötger und Herr Hagemeier werden ebenfalls hieran teilnehmen. Mit freundlichem Gruß M. Schmitz-Neuland".

Ich musste davon ausgehen, dass man endlich zur Vernunft gekommen und gesonnen sei, ganz nüchtern und sachlich konkrete Planungsschritte zu erörtern, aber weit gefehlt: Ich sah mich unversehens einem Dreier-Tribunal gegenüber, dem an nichts Anderem gelegen war, als endlich hinsichtlich meiner Person "reinen Tisch" zu machen. Der Trägerkreisvorsitzende Rötger eröffnete seine Einlassungen mit der Formulierung: "Wir vom Trägerkreis haben uns hinsichtlich der weiteren Arbeit in Synagoge und Schule Folgendes überlegt..." Ich unterbrach ihn mit der Frage, was das "Wir" bedeute, da ich als stellvertretender Vorsitzender von keinen Überlegungen wisse, woraufhin der inzwischen dunkelrot angelaufene Stadtheimatpfleger lautstark erklärte: "Na, dann eben ich!!!" (eine Feststellung, die mit Blick auf die satzungsgemäßen Vorschriften zur Entscheidungsfindung innerhalb dieses gemeinnützigen Vereins aufhorchen lassen sollte). Nach meiner Frage, was denn das nun für eine Vorstellung werden solle, kamen u.a. die üblichen Worthülsen von "perspektivischer Beschäftigung mit jüdischem Leben", die man vor Ort fortzusetzen gedenke - aber ohne mich (so Pastor Hagemeier, Vorsitzender der ebenfalls gemeinnützigen und im Dezember 2005 angesichts aufopferungsvoller Tätigkeit sogar "preisgekrönten" Arbeitsgemeinschaft Alte Synagoge Petershagen e.V.), denn meine permanenten Störungen und neuerdings höchst unfairen Angriffe (gemeint war natürlich meine "Literaturkritik" vom April 2004) würden eine sinnvolle Zusammenarbeit für die Zukunft unmöglich machen. Auf meine Frage, ob man sich denn schon nach einem neuen wissenschaftlichen Beirat umgesehen habe, entgegnete Pastor H., ich solle unbesorgt sein, man werde u.a. an "diesen Herrn Hartog" (gemeint war natürlich Prof. Arno Herzig) herantreten. Mich forderte Hagemeier dagegen auf, von nun an jede wissenschaftliche Beschäftigung mit der jüdischen Geschichte Petershagens zu unterlassen. Diese unglaubliche, an Zeiten vor 1945 erinnernde Zumutung eines - wie ich es

zum Zorn der Bürgermeisterin wohl ausdrückte - "Teekränzchen-Vorsitzenden", bewog mich dann, die illustre Runde augenblicklich zu verlassen mit dem Hinweis, dass man mich nur im Wege eines ordnungsgemäßen Wahlverfahrens loswerden würde - und das war's dann auch...

In der Mitgliederversammlung des Trägerkreises ehemalige Synagoge Petershagen vom 1. März 2006 standen Neuwahlen des Vorstandes an. Der bisherige Vorsitzende Rötger, der noch am 15. Dezember 1998 der Überzeugung gewesen war, dass man mit "Moral nicht weiterkomme" (s.o.), wurde einstimmig wiedergewählt. Er "dankt(e) dem nicht anwesenden bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Dr. Bernd-Wilhelm Linnemeier, für seine geleistete Arbeit und für das, was er an wissenschaftlicher Beratung eingebracht hat". Sodann schritt man zur Neuwahl des/der stellvertretenden Vorsitzenden in Personalunion mit dem wissenschaftlichen Beirat. Seit dem 1. März 2006 heißt sie Marianne Schmitz-Neuland (SPD), Bürgermeisterin der Stadt Petershagen.

Die hier zitierte Niederschrift ging mir ohne Anschreiben als Kopie einige Zeit später zu. Drei Blatt graues Papier - das ist der spezifisch Petershagener "Dank des Vaterlandes" für neun Jahre ehrenamtlicher Arbeit, die von selbsternannten "Fachkräften" vor Ort behindert, erschwert und wo immer dies möglich war, unterlaufen wurde in der Absicht, sich selbst und die eigenen Ideen ohne Rücksicht auf ihre Seriosität oder gar Finanzierbarkeit, möglichst wirkungsvoll in Szene zu setzen. Die ganz speziellen Eigenschaften dieser nach außen hin als quasi unangreifbare "Gutmenschen" in Erscheinung tretenden Zeitgenossen habe ich in jenen Jahren intensiv studieren können und darf rückblickend wohl sagen: "Danke, mir reicht's!"